



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

HALLISCHE BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

2008/1

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

2008/1 (Heft 18)

mit Beiträgen von Patrick Wagner, Stefan Schmidt,
Holger Zaunstöck, Christian Grobler und
Thomas Pruschwitz

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Aufsätze

Patrick Wagner

<i>Im Schatten der „Bevölkerungsbombe“ – die Auseinandersetzungen um eine Weltbevölkerungspolitik (1950-1994), oder: Zeitgeschichte als Weltgeschichte</i>	9
--	---

Stefan Schmidt

<i>„Jedem eine Wohnung“ – Partizipationsmöglichkeiten der DDR-Bevölkerung am Beispiel der Wohnungspolitik der SED in den 1970er Jahren</i>	27
--	----

Holger Zaunstück

<i>Die Zeit bei der „Asche“. Erinnerungen von NVA-Soldaten als Gegenstand und konzeptionelle Herausforderung der zeitgeschichtlichen Forschung</i>	63
--	----

Werkstatt

Christian Grobler

<i>Die Verfolgung von deutschen Zivilisten in Köthen/Anhalt zwischen Juli 1945 und März 1953 durch sowjetische Sicherheitsorgane</i>	80
--	----

Thomas Pruschwitz

<i>Der sowjetische Truppenabzug aus Deutschland (1990-1994): Über den schwierigen Anfang vom Ende der sowjetischen Militärpräsenz. Interview mit Otto Freiherr Grote</i>	104
--	-----

<i>Resümees / Abstracts</i>	121
-----------------------------------	-----

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen ein weiteres Heft der „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ vorlegen zu können. Es ist uns besonders angenehm, Ihnen eine neue Mitherausgeberin der Reihe vorstellen zu dürfen. Stefanie Middendorf studierte Geschichte, Germanistik, Psychologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Freiburg, Basel und Jerusalem. Seit Oktober 2007 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Zeitgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im gleichen Jahr schloss sie eine Doktorarbeit zur Wahrnehmungsgeschichte der Massenkultur in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert ab. Ihr Forschungsprofil entspricht dem Bestreben der Herausgeber, die „Hallischen Beiträge für Zeitgeschichte“ zunehmend international zu vernetzen.

Auch in diesem Heft finden sich Arbeiten, die bislang vernachlässigte Forschungsfelder in den Blickpunkt rücken, innovative Fragestellungen erproben und neue Quellenbestände erschließen. Eine besondere Bedeutung nimmt dabei die Verknüpfung globaler, regionaler und lokaler Zugriffe in der Zeitgeschichte ein.

Patrick Wagner zeigt in seinem Beitrag am Beispiel der indischen Bevölkerungspolitik Perspektiven einer globalen Zeitgeschichtsschreibung auf. Anhand der Analyse von Eingaben der DDR-Bevölkerung zur Wohnungspolitik in den 1970er Jahren fragt *Stefan Schmidt*, inwieweit auf diesem Wege Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden konnte. *Holger Zaunstück* stellt methodisch-konzeptionelle Überlegungen zur Diskussion, welche die v.a. im Internet vorliegenden Erinnerungen ehemaliger NVA-Soldaten als Quellen für eine integrierte Nachkriegsgeschichte Ost- und Westdeutschlands entdecken.

In einem zweiten Teil – der ‚Werkstatt‘ – konzentriert sich dieses Heft auf die methodischen Herausforderungen und empirischen Erweiterungen der Forschung durch die oral history. Im Beitrag von *Christian Grobler* wird ein umfassender Bestand verschriftlichter Erinnerungsberichte zur Analyse von Repressionsmechanismen der sowjetischen Besatzungsherrschaft in einer ost-deutschen Mittelstadt herangezogen. Das Interview von *Thomas Pruschwitz* mit *Otto Freiherr Grote*, nach der deutschen Wiedervereinigung Chef des Verbindungskommandos der Bundeswehr, blickt auf die Strategien, Pro-

bleme und Effekte des Abzugs der Westgruppe der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Ob für die gedruckte Version oder für die als PDF-Dateien auf unseren Internetseiten (www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz) zur Verfügung stehenden Beiträge dieses Heftes wünschen die HerausgeberInnen wie immer eine anregende Lektüre.

Halle (Saale) im Juli 2008

Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

Der sowjetische Truppenabzug aus Deutschland (1990-1994): Über den schwierigen Anfang vom Ende der sowjetischen Militärpräsenz. Interview mit Otto Freiherr Grote

von Thomas Pruschwitz

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums am Ende der achtziger Jahre markiert in der Zeitgeschichtsschreibung zugleich das Ende des Kalten Krieges. Die Auflösung der bipolaren Ordnung, die das Weltgeschehen nach 1945 in entscheidendem Maße bestimmt hatte, bedeutete auch für Europa den Beginn einer neuen Ära, der mit grundlegenden gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umbrüchen verbunden war.

Einen besonders komplizierten, weil zentralen, Aspekt der „politischen und strategischen Neuordnung“¹ des gesamten europäischen Kontinents bildete der Abzug der sowjetischen Truppen aus den ost(mittel)europäischen Staaten, die dort seit dem Zweiten Weltkrieg stationiert gewesen waren. Bislang fand dieses Thema in der zeitgeschichtlichen Forschung wenig Beachtung.² Ein Befund, der angesichts der größten „Truppenverlegung zu Friedenszeiten in

¹ Hartmut Foertsch: Der Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland, in: Bruno Thoss, Wolfgang Schmidt (Hg.): Vom Kalten Krieg zur Deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945-1995, München 1995, S. 463-473, hier S. 463. Foertsch war Vorgesetzter des Interviewpartners.

² Ausnahme hierbei: Ilko-Sascha Kowalcuk, Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001. Um einen frühen Gesamtüberblick der Stationierungsverhältnisse von Personen und Material war bemüht: Siegfried Fischer, Zerfall einer Militärmacht: Das Ende der Sowjetarmee in Dokumenten, Quellen und Kommentaren, Bremen 1992. Ein recht einseitig negatives Bild zeichnet Volker Koop: Zwischen Recht und Willkür, Die Rote Armee in Deutschland, Bonn 1996. Die angloamerikanische Seite scheint sich nicht explizit mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Hier verfolgt man zur Zeit eher die großen Linien vgl. Brian D. Taylor: Politics and the Russian Army. Civil-Military Relations 1689-2000, Cambridge 2003. In deutscher Übersetzung liegen von russischer Seite bisher lediglich die Erinnerungen des letzten Oberbefehlshabers der Westgruppe der sowjetischen Truppen vor. Vgl. Matvej Burlakov: Wir verabschieden uns als Freunde, Bonn 1994. Einziger deutscher Zeitzeuge, der seine Erinnerungen im Zusammenhang mit dem Abzug der russischen Truppen bisher publiziert hat, ist der Dolmetscher des Bundeswehrkommandos Ost, Bernhard Mroß: Sie gingen als Freunde ... Der Abzug der Westgruppe der sowjetisch-russischen Truppen 1990-1994, Harrislee 2004. In diesem Zusammenhang muss auch die Darstellung des Leiters des Bundeswehrkommandos Ost, Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee, Berlin 1992, erwähnt werden. Wie im Werk von Hans Peter von Kirchbach, Manfred Meyers, Victor Vogt: Abenteuer Einheit. Zum Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern, Frankfurt/M. 1992, wird hier mehr der „Untergang“ der NVA thematisiert, aber nicht der Abzug der sowjetischen bzw. russischen Armee.

der Geschichte des Militärwesens³ umso erstaunlicher ist.⁴ Allein in der DDR betraf der Abzug über 500.000 Menschen und fast drei Millionen Tonnen Material.⁵ Jenseits solcher Zahlen aber ist wenig bekannt. Mit ihrer Gesamtdarstellung über den Aufenthalt der sowjetischen Streitkräfte in Ostdeutschland vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Abzug im August 1994 bieten die Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk und Stefan Wolle einen ersten Einstieg.⁶ Darüber hinaus aber fehlen bislang Monographien und Aufsätze, die sich umfassend mit dem Thema des Abzugs der sowjetischen Truppen beschäftigen.

Dies liegt nicht zuletzt am schwierigen Quellenzugang. Zum einen beträgt die Sperrfrist für bundesdeutsche Akten dreißig Jahre. Zum anderen, und das macht das nachfolgend abgedruckte Interview sehr deutlich, waren bürokratische Mechanismen in der praktischen Arbeit „vor Ort“ während der Anfangsphase der Wiedervereinigung häufig außer Kraft gesetzt. Hinzu kommt, dass für schriftliche Aufzeichnungen schlicht die Zeit fehlte. Diese Tatsache, die für die historische Forschung durchaus ein Problem darstellt, bestätigt auch Otto Freiherr Grote, seinerzeit der Chef des Stabes des deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe der Truppen (WGT).⁷

In dieser Funktion arbeitete der 1941 geborene Grote, der sich nach seinem Studium 1969 für den Weg des Berufssoldaten entschieden hatte, maßgeblich am Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland mit. In der Spitze des Verbindungskommandos war er unter anderem für die Einhaltung der Bestimmungen aus dem am 12. September 1990 unterzeichneten „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ und den bis zum 12. Oktober 1990 ausgehandelten „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ (AAV) zuständig.

Mit seinem Blick eröffnet er eine Perspektive, die Einsichten in die praktische Ebene der Zusammenarbeit zwischen Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte, der NVA und der Bundeswehr bei der Umsetzung der Vertragsbestimmungen bieten. Die bisher erschienenen Werke konzentrierten sich entweder einseitig auf eine Akteursseite⁸ oder verfolgten eine rein deutsche

³ Kowalczuk/Wolle, Roter Stern, S. 221.

⁴ Genaue Angaben über die Gesamtstärke der in den ost(mittel)europäischen Staaten stationierten Truppen sind sehr schwierig. Vgl. Fischer, Zerfall, S. 10-30.

⁵ Vgl. Kowalczuk/Wolle, Roter Stern, S. 221.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ So beruht auch dieses Interview nicht auf Tagebucheinträgen, sondern ausschließlich auf den späteren, nicht schriftlich dokumentierten Erinnerungen während der Befragung des Autors am 01. Februar 2008.

⁸ Vgl. Manfred Backerra (Hg.): NVA. Ein Rückblick für die Zukunft: Zeitzeugen berichten

Perspektive.⁹ Die militärische, sicherheitspolitische und gesellschaftliche Umbruchsituation, wie sie sich seit 1989/90 in Deutschland ergab, wäre aber ohne die Betrachtung der in Deutschland stationierten russischen Truppen unvollständig. Insofern erweitert dieses Interview den historiographischen Blick, weil sowohl beide deutsche Seiten als auch die russische Seite thematisiert werden. Das Gespräch konzentriert sich auf die Anfangsphase des Abzugs, weil es hier aus den o.g. Gründen bislang an Quellen mangelt und zudem in dieser Phase die Grundlagen für den letztlich erfolgreichen Truppenabzug gelegt wurden.

Die Auflösung des Freund-Feind-Schemas, das über 40 Jahre die Denkstrukturen hüben wie drüben beeinflusst hatte, ging verständlicherweise nicht von einem Tag auf den anderen von statten. Wie das Gespräch mit Grote zeigt, gestaltet sich die Überwindung solcher Denkstrukturen schwierig, erscheint aber nicht unmöglich. Der ehemalige Berufssoldat weist auf das damalige tiefe, gegenseitige Misstrauen hin, zum Teil auch auf Unverständnis, das anfangs eine schwer zu überwindende Barriere für alle beteiligten Akteure darstellte, sowohl für die sowjetischen Streitkräfte als auch für die ehemaligen NVA-Angehörigen und die Bundeswehrmitarbeiter. Die Bewältigung der gemeinsamen Aufgabe des Abzugs zwang die ehemaligen „Kalten Krieger“ jedoch zu einer raschen Zusammenarbeit, die im Laufe der Zeit, trotz aller Schwierigkeiten, immer besser wurde. Durch Kooperation, Verhandlungen und zum Teil auch durch Stillschweigen wurde der Abzug erfolgreich bewerkstelligt.

Es wäre wünschenswert, wenn mehr Akteure der sowjetischen Seite, der ehemaligen NVA, der Bundeswehr oder der anderen alliierten Westmächte sich äußern würden, um den Prozess des Abzugs ausgewogen und differenziert analysieren zu können und so die Forschung zum Ende des Kalten Krieges, die häufig noch allzu stark von ideologischen Positionen und dem Blick auf äußere politische Konstellationen geprägt ist, um diese Perspektive „von innen“ zu erweitern.

Der Streit um den Wert von Zeitzeugenberichten für die Geschichtswissenschaft hat eine lange Tradition.¹⁰ Es wird aber wohl kaum jemand bestreiten,

über ein Stück deutscher Militärgeschichte, Köln 1992.

⁹ Vgl. Detlef Balden (Hg.): Die Nationale Volksarmee. Beiträge zum Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs, Baden-Baden 1992. Sowohl Backkerras als auch Baldens Werk sind in der Bereitstellung von Zeitzeugen in dieser frühen Phase des Umbruchs – beide wurden bereits 1992 veröffentlicht – zu würdigen, allerdings kommen hier die Zusammenarbeit und die Schwierigkeiten mit den russischen Truppen zu kurz.

¹⁰ Vgl. Detlef Briesen, Rüdiger Gans: Über den Wert von Zeitzeugen in der deutschen Historik. Zur Geschichte einer Ausgrenzung, in: BIOS 6 (1993), S. 1-32. Gans und Briesen verweisen darauf, dass der Streit um Aussagen von Zeitgenossen seit der Etablierung der Geschichtswissenschaft im 18. Jahrhundert anhält. Die Skepsis gegenüber diesen „Quellen“

dass die Ausführungen von Zeitgenossen eine Erweiterung jener Betrachtungsebene bedeuten, die sich allein auf von der Bürokratie überlieferte Akten stützt. Gerade die *Oral History* – die autobiographische Zeugnisse wie die des Dolmetschers Mroß¹¹ oder Zeitzeugeninterviews wie das vorliegende umfasst – bietet hier einmalige Chancen, weil sie „als eigenständige Quelle für spezifische Fragestellungen zur subjektiven Verarbeitung historischer Erfahrung“ fungieren kann.¹² Das Festhalten der Erinnerung von unmittelbar Beteiligten eines historischen Moments kann bei quantitativer Ausweitung Rückschlüsse auf kollektive Wahrnehmungsweisen und Vorstellungen geben und deren Einflüsse zu eben diesem Zeitpunkt verdeutlichen.¹³ Das folgende Interview ordnet sich in diesen Forschungskontext ein, indem es gezielt die persönliche Sicht eines Funktionsträgers der untergeordneten Ebene staatlichen Handelns auf ein besonders sensibles Kapitel am Ende des Kalten Krieges in Europa aufzuspüren sucht. Darin besteht sein in erster Linie dokumentarischer Wert. Für weiter reichende Überlegungen zu der Frage, inwiefern hier nachträgliche Konstruktionen den heutigen wissenschaftlichen Blick auf die Erfahrungen der Zeit eher verstellen als ermöglichen bzw. ihn zumindest grundlegend lenken, müsste zunächst die Beschäftigung der Forschung mit den Erinnerungen der damaligen Akteure intensiviert werden.

Freiherr Grote, Sie waren als Offizier der Bundeswehr für den korrekten Aufenthalt und Abzug der sowjetischen Truppen nach dem Zusammenbruch der DDR zu-ständig. Wie sind Sie zu dieser Aufgabe gekommen? Welches Verhältnis hatten Sie zur UdSSR?

Seit meiner Schulzeit habe ich das Verhältnis zu den Russen und zu den Sowjets unterschiedlich betrachtet. Ich hatte einen Lehrer, der vor dem Zweiten Weltkrieg als „Volksdeutscher“ mit polnischer Staatsangehörigkeit an einem russischem Gymnasium in Ostpolen unterrichtete. Er war ein ausgezeichneter Kenner der russischen Geschichte und Kultur, und von ihm habe ich mitgenommen, dass meine Generation das Verhältnis zwischen Deutsch-

ist ihnen zufolge ein Relikt des Historismus und seiner scharfen Quellenkritik, die bis heute ihre Schatten wirft. Vgl. ebd., S. 8-12.

¹¹ Vgl. Anm. 2.

¹² Alexander von Plato: Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft. Ein Problemaufriss, in: BIOS 13 (2000), S. 5-29, hier S. 26. Starke Vorbehalte gegenüber dem historiographischen Erkenntniswert von Zeitzeugeninterviews formuliert hingegen Harald Welzer: Das Interview als Artefakt, in: BIOS 13 (2000), S. 51-63.

¹³ Vgl. ebd., S. 25f.

land und Russland wieder ins Reine bringen muss. Wichtig für mein Russlandbild waren auch die Berichte meines Vaters. Er war von 1944 bis 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft – die meiste Zeit davon in Straflagern – und hat mir selbstverständlich die ganzen Schrecken der sowjetischen Lagerwelt und Repressionsmechanismen von Stalin und seinen Erben vermittelt. Auf der anderen Seite schilderte er aber auch immer die humane Seite, sowohl der einfachen als auch der gebildeten russischen Menschen, die er im Lager kennen gelernt hatte. So studierte ich nach meiner dreijährigen Ausbildung zum Offizier der Bundeswehr 1964 auf eigene Faust Französisch, Russisch und Staatsrecht. Französisch, weil ich dachte, in meiner Zeit werde sich die Zusammenarbeit mit den Franzosen sehr verstärken. Russisch, weil ich der Auffassung war, dass wir unser Verhältnis zu Russland normalisieren müssten. Wie gesagt, ich habe Russland immer von der Sowjetunion getrennt. Und Staatsrecht, weil ich hoffte, gegebenenfalls auch an der Wiedervereinigung mitwirken zu können. Alle drei Fälle sind schließlich eingetreten.

Sie waren Chef des Stabes des deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe der sowjetischen/russischen Truppen (WGT)¹⁴. Welche Aufgaben hatten Sie konkret?

Als Chef des Stabes leitete und koordinierte ich die Arbeit des Stabes, bereitete die Entscheidungen des Leiters inhaltlich vor, erarbeitete die laufende Berichterstattung an das Verteidigungsministerium und war Disziplinarvorgesetzter und Beurteilender der Mitarbeiter dieses Stabes. Für die konkrete Zusammenarbeit mit der WGT war ich in ständigem Kontakt mit dem Beauftragten des Oberbefehlshabers¹⁵ der Westgruppe der sowjetischen/russischen Truppen in Deutschland¹⁶, Oberst Wladimir W. Strelnikow.

¹⁴ Der Führungsstab der Bundeswehr entwarf am 20. September 1990 eine Vorlage für ein Verbindungskommando zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland. Offiziell wurde es durch den Organisationsbefehl Nr. 2/91 (BW) erst am 14. Februar 1991 aufgestellt. Auf der Basis der Vorlage begann das Verbindungskommando aber bereits am 4. Oktober 1990 zu arbeiten. Die Außerdienststellung fand am 19. September 1994 statt. Vgl. Mroß, Sie gingen als Freunde, S. 25ff., S. 292ff.

¹⁵ Bis zum 13. Dezember 1990 war Armeegeneral Boris Snetkov Oberbefehlshaber der Westgruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland. Er wurde durch Generaloberst Matvej Burlakov abgelöst, der den Abzug bis August 1994 für die russische Seite regelte.

¹⁶ Am 29. Mai 1945 beschloss das Oberkommando der Sowjetischen Streitkräfte die Änderung des Namens der 1. Belorussischen Front in die „Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen“ (GSBT). Die GSBT wurde 1954 in „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD) umbenannt und 1989 schließlich in „Westgruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland“ umgewandelt. Vgl. Kowalczuk/Wolle, Roter Stern, S. 104-221. Nach der Auflösung der UdSSR ab August 1992 wurden die „sowjetischen“ zu „russischen“ Truppen“.

Mit welchen Aufgaben war das Verbindungskommando betraut?

Unsere Aufgaben waren nicht nur auf den militärischen Bereich beschränkt. Wir mussten uns etwa auch mit Problemen der Infrastruktur, des Verkehrswesens, des Rechtswesens und des Umweltschutzes befassen. Die Hauptaufgaben waren in drei Stichworten: Mittlerfunktion zwischen WGT und deutschen Behörden bzw. Dienststellen; Koordinierung des Abzugs; Überwachen der Vertragserfüllung bei Aufenthalt und Abzug. Das Einhalten der vertraglichen Bedingungen war gerade anfangs ein Problem, weil die Sowjetarmee nicht gewohnt war, sich an rechtsstaatliche Vorgaben und Bestimmungen des Gastlandes zu halten. Das mussten wir unseren sowjetischen Partnern erst klarmachen.

Was genau meinen Sie damit?

Nun, in der DDR gab es beispielsweise ein System von über 10.000 km Kolonnenwegen, auf denen sowjetische Panzerfahrzeuge ohne Anmeldung marschieren durften. Zum Teil auf festen Straßen, zum Teil auf unbefestigten Wegen, zum Teil aber auch quer durch landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Dieses System haben wir auf ca. 700 km zurückgeschnitten, etwa auf Straßen von einer Kaserne zum Verladebahnhof oder von einem Verladebahnhof zum Übungsplatz. Auch die Lärmbelastung durch Nachtschießen, durch Tief- und Nachtflüge wurde sehr stark eingegrenzt. Ich vermute, unsere Auflagen waren für die Sowjetarmee so gravierend, dass sie nach einiger Zeit ihre Flugausbildung aus dem Beitrittsgebiet komplett in die Sowjetunion verlagerte.

Sie beschreiben große Veränderungen. Wie haben Sie sich darüber mit Ihrem sowjetischen Gegenüber verständigt?

Das war zunächst sehr schwierig. Wir richteten unseren Verbindungsstab erst einmal in Strausberg [bei Berlin; T.P.] im ehemaligen Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR ein. Weil die Entfernung nach Wünsdorf [heute Land Brandenburg; T.P.], zum Oberkommando der WGT, zu groß war, haben wir das Verbindungskommando später nach Berlin-Oberschöneweide verlegt. Außerdem hatten wir hier bessere Fernmeldeverbindungen. In Strausberg waren diese in den ersten Monaten katastrophal, denn die Telefonnetze West und Ost waren ja noch nicht verbunden. Mobiltelefone gab es noch nicht, und von den kostspieligen Satellitentelefonen hatte das gesamte Bundeswehrkommando Ost zwei. Ich erinnere mich, dass wir häufig tagelang unser Ministerium [Bundesverteidigungsministerium; T.P.] telefonisch nicht erreichen konnten, von Verbindungen zum Auswärtigen Amt oder zum Bun-

deskanzleramt ganz zu schweigen. Ein Sonderproblem war, dass das Ministerium für Nationale Verteidigung außerhalb Berlins angesiedelt war. Das war auf den Viermächtestatus zurückzuführen, nach dem Streitkräfte der DDR nicht in Ostberlin stationiert sein durften. Strausberg mit seinem spezifisch militärischen Telefonnetz war von dem Telefonnetz in Ostberlin weitgehend abgekoppelt. Dazu kam, dass die sowjetischen Garnisonen ursprünglich mit dem Militärnetz der NVA verflochten waren. Weil aber die Sowjets – im alten Denken befangen – befürchteten, dass diese Telefonnetze von uns benutzt werden könnten, um sie auszuspionieren, haben sie kurzerhand die Kabelbäume durchgeschlagen, so dass plötzlich die WGT überhaupt nicht mehr telefonisch erreichbar war. Wir haben dann Schritt für Schritt die Situation verbessert. Zunächst einmal legte die Bundeswehr mit eigenen Mitteln Sonderfernmeldeverbindungen über die ehemalige innerdeutsche Grenze, so konnten wir zumindest unser Verteidigungsministerium erreichen. Zum Glück haben wir von unseren Bonner Vorgesetzten einen sehr großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum bekommen, den wir auch genutzt haben. Hätten wir diesen nicht gehabt, wäre unsere Arbeit gerade zu Beginn erschwert worden.

Sie sprechen von einem großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum. Worin drückte der sich aus?

Wir haben zum Beispiel ohne große Umstände auf das Personal einer Abteilung zurückgreifen können, die sich „Zentralaufgaben des Zusammenwirkens“¹⁷ nannte. Sie war knapp zwei Monate vor der Wiedervereinigung gebildet worden, um die Beziehungen zwischen der NVA und den sowjetischen Streitkräften in geordnete Bahnen zu lenken. Vorher hat es eine solche systematische Zusammenarbeit nicht gegeben. Es gab in der DDR alle möglichen Wege des Kontaktes und der Zusammenarbeit, aber keine Behörde, an die sich Dienststellen der DDR oder Menschen aus der Bevölkerung wenden konnten, wenn sie ein Problem mit der WGT hatten. Diese Abteilung bestand aus etwa hundert NVA-Soldaten und Zivilisten, von denen wir zunächst den größten Teil übernommen und in unsere Organisation überführt haben. Zwei Wochen vor der Wiedervereinigung bekam ich den Auftrag, die Struktur eines Verbindungskommandos zu entwerfen und habe diese – als Beifahrer auf einer Fahrt von Koblenz nach Bonn – skizziert. Während einer Einweisung in den Ablauf der Wiedervereinigung, die ich im Verteidigungsministerium

¹⁷ Sie war der Vorläufer des Verbindungskommandos auf ostdeutscher Seite und wurde durch den letzten Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, am 25. Juli 1990 gebildet. Vgl. Mroß, Sie gingen als Freunde, S. 32.

erhielt, wurde mein Vorschlag dem Minister [Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg; T.P.] zugearbeitet, der ihn noch am gleichen Tag gebilligt hat. Nach unserer Empfehlung vor Ort wurde dann das vorhandene Personal, soweit es geeignet und dazu bereit war, für diese Struktur übernommen. Zu Beginn bestand das Verbindungskommando zu 90 Prozent aus NVA-Mitarbeitern, bis weitere Mitarbeiter aus der Bundesrepublik nachrückten. Zum Ende des Abzuges waren etwa zwei Drittel ehemalige NVA-Mitarbeiter und ein Drittel kam aus der alten Bundeswehr.

Welche Kriterien waren für eine Übernahme von NVA-Personal entscheidend?

Am Anfang waren die wichtigsten Kriterien die fachliche Eignung und die Bejahung unserer demokratischen Grundordnung. Ich habe eine ganze Reihe von Mitarbeitern angetroffen, die sofort um ihre Entlassung gebeten haben, weil sie nicht bereit waren, mit dem ehemaligen Klassenfeind zusammenzuarbeiten. Daneben habe ich aber auch Mitarbeiter kennen gelernt, die für ihre Aufgabe nicht hinreichend qualifiziert waren. Hier war Qualifikation offensichtlich durch Linientreue ersetzt worden. Viele der Offiziere der NVA waren jedoch hoch qualifizierte Mitarbeiter und sehr sachkundig, was alle Probleme der sowjetischen Streitkräfte anging. Die meisten hatten mindestens ein Jahr, manche bis zu sechs Jahre in der Sowjetunion verbracht, sprachen gut oder sogar perfekt Russisch und kannten sich in den einzelnen sowjetischen Fachbereichen so gut aus, dass sie unverzichtbar waren, um den Abzug zügig und kompetent abzuwickeln.

Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht das damalige Verhältnis zwischen Bundeswehrrangehörigen und ehemaligen NVA-Angehörigen?

Selbstverständlich mussten wir uns zuerst zusammenraufen, schon weil wir unterschiedliche Formen des Umgangs zwischen Vorgesetzten und Untergebenen hatten. Bei uns und den neuen Kameraden gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie viel Eigeninitiative die einzelnen Mitarbeiter entwickeln konnten, sollten oder durften. Das freie Denken war in der NVA nicht weit verbreitet. Ich war bei den ersten Aufträgen, die ich vergeben habe, erstaunt, wie wenig aussagekräftig die Arbeitsergebnisse waren. Keiner der Beauftragten befreite sich wirklich von dem Gedanken: „ich muss jetzt die Erwartungen meines Vorgesetzten errahnen“. Keiner hat sich auf sein eigenes Urteil verlassen. Die wertvollsten Mitarbeiter waren aber nicht die, die mir nach dem Munde redeten, sondern die, die mir brauchbare Vorschläge machten und mich unter Umständen sogar auf Fehler hinwiesen, die ich hätte begehen können. Im Laufe der Zeit entwickelte sich aber eine sehr gute

Zusammenarbeit, denn die meisten der Mitarbeiter aus der ehemaligen NVA erwiesen sich als sachkundig und lernfähig und ich bin mir sicher, dass sich die meisten auch vorurteilsfrei behandelt sahen. Die einzigen, auf die das vielleicht nicht zutrifft, sind diejenigen, von denen wir von vornherein wussten, dass sie eine Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR unterschrieben hatten, und die wir deswegen entlassen haben. Aber das war die Rechtslage – wir mussten das ohne Ansehen der Person machen. Mir wäre es lieber gewesen, ich hätte prüfen können, welche Art der Zusammenarbeit jeder Einzelne mit der Staatssicherheit gepflegt hatte. Ich denke, es bestand ein Unterschied darin, ob jemand mit den Sicherheitsorganen zusammengearbeitet hatte, weil er etwa ein Waffendepot leitete – wo es zu Waffenverlusten kommen konnte – oder mit der Staatssicherheit kooperiert hatte, um Kameraden wegen ihrer Westkontakte zu bespitzeln. Ehemalige Spitzel und Denuntianten waren für die Bundeswehr nicht tragbar. Im Nachhinein darf ich sagen, dass einige meiner besten Mitarbeiter aus den Reihen der Offiziere der NVA kamen, darunter auch der eine oder andere, der – meist in jungen Jahren – eine Verpflichtungserklärung bei der Staatssicherheit unterschrieben hatte.

Sie haben auch ziviles NVA-Personal beschäftigt. Was wussten Sie da über eine mögliche Vergangenheit bei der Staatssicherheit?

In den ersten Oktobertagen 1990 regierte in Strausberg der „Wilde Osten“: da wurden *claims* abgesteckt, handstreichartig Büroräume, Personal und Material sichergestellt. Kam jemand mit höherem Dienstgrad, der zufällig entsprechenden Bedarf hatte, konnte es passieren, dass man das eine oder andere genau so schnell wieder los wurde. Als wir uns einen ersten Überblick verschafften, stellten wir fest, dass wir u.a. noch Schreibkräfte und Fahrer brauchten. Vor allem Fahrer waren sozusagen „Mangelware“. Wir eröffneten eine Art „fliegen-des Personalbüro“ und integrierten auch einige beschäftigungslose Fahrer, die für Stellen und Personen gearbeitet hatten, die es bei uns nicht mehr gab. Wo die herkamen und ob sie für den Staatssicherheitsdienst der DDR gefahren waren, wusste man anfangs nicht. Schließlich begannen wir, Stellen für Fahrer und Schreibkräfte auszuschreiben. In unserem Einstellungsbüro galt nur die Kombination von Gegenstand und Person. Das hieß, die Schreibmaschine musste gut sein und die Schreibkraft auch. Der Fahrer musste einen ordentlichen Eindruck machen und sein Fahrzeug auch. Man kann sich das heute kaum vorstellen. Ein Antrag für eine zusätzliche Schreibkraft oder einen zusätzlichen Fahrer an einem bundesdeutschen Standort hätte Jahre gedauert.

Wann trafen Sie in Ihrer Funktion als Chef des Stabes zum ersten Mal auf die Westgruppe der sowjetischen Truppen? Welche Reaktionen gab es auf sowjetischer Seite?

Das kann ich genau terminieren: am 9. Oktober 1990, also wenige Tage nach der deutschen Wiedervereinigung, machte ich als erster Offizier der Bundeswehr einen Antrittsbesuch beim Oberkommando der Westgruppe der sowjetischen Truppen in Wünsdorf und wurde dabei nacheinander von den beiden Ersten Stellvertretern des Oberbefehlshabers Boris Snetkov empfangen. Zum einen war das Generalleutnant Leontij Kuznetsow, der Chef des Stabes der Westgruppe der Truppen, und zum anderen Generalleutnant Michail Kalinin, meiner Erinnerung nach der Leiter der Operationsabteilung. Ich habe ein sehr offenes Gespräch mit beiden geführt. Kuznetsow war ein eher intellektueller General, wie ich ihn überhaupt nicht in der sowjetischen Armee erwartet hätte, Kalinin war mehr ein Troupier, handfest und unverblümt. Mit diesen Offizieren habe ich mich unterhalten und dabei festgestellt, dass beide noch nicht wussten, dass die Westgruppe der Truppen bis Ende 1994 das deutsche Territorium verlassen sollte. Offenbar hatte ihnen das noch niemand aus Moskau mitgeteilt. Anfang Oktober wurde ja über einige Punkte immer noch verhandelt, die Verträge waren also noch nicht unterschrieben, geschweige denn ratifiziert. Anscheinend wusste die Führung der WGT darüber sehr wenig. Bevor ich nach Wünsdorf fuhr, hatte ich mir sicherheitshalber eine Kopie des AAV-Vertragsentwurfs auf Deutsch und Russisch im Auswärtigen Amt besorgt und zog diese Papiere jetzt aus der Tasche. Die beiden Generale fielen beinahe in Ohnmacht, als sie schwarz auf weiß lasen, dass die Westgruppe der Truppen Deutschland bis Ende 1994 verlassen würde. Beide meinten, die Realisierung sei technisch gar nicht möglich und waren der Auffassung, dies liege auch nicht im Interesse der Sowjetunion; beide Generale bäugten misstrauisch meine Begleitung, einen ehemaligen NVA-Offizier, nun in Bundeswehruniform, sprachen dieses Thema jedoch nicht an.

Meinen Sie, die beiden betrachteten ihn als Verräter am System?

Ja, als Verräter am System, als Verräter am Sozialismus. Der westdeutsche Offizier wurde mit höflicher Neugier behandelt, bei den ersten Begegnungen allerdings gepaart mit allen Vorbehalten gegenüber dem alten Gegner. Dieses Verhältnis mussten wir aufbrechen, wenn wir zusammenarbeiten wollten. Im Laufe der Zeit ist uns das auch gelungen, aber es hat viele Monate Zeit gekostet.

Waren Kuznetsow und Kalinin die einzigen, die Sie in Wünsdorf antrafen?

Nein. Es waren zufällig noch zwei Generale aus Moskau anwesend, mit denen ich auch kurz gesprochen habe. Sie waren in Wünsdorf, um die Übergabe einer Raketenstellung an die DDR vorzubereiten und wurden jetzt durch die neue Lage überrascht. Die Raketenstellung war nunmehr der Bundesrepublik Deutschland zu übertragen, die Verfahren zur Übergabe von solchen Liegenschaften waren ganz andere. Zu DDR-Zeiten gab es keine Vertragslage, nach der man hätte vorgehen müssen, jetzt aber galt der AAV. Ich habe beiden Generalen erklärt, dass die Übernahme nicht, wie zu DDR-Zeiten, nach Befehl und Gehorsam innerhalb von wenigen Tagen geschehen konnte, sondern vertragsgemäß nach einer festgelegten Anmeldefrist. In der Übergangszeit werde man die Fristen sicher voll ausschöpfen, in etwa sechs Wochen könne es so weit sein. Unter Berufung auf dieses Gespräch hat der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte in Moskau einige Zeit später in einem Brief an den Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost die rechtzeitige Übergabe bzw. Übernahme dieser Raketenstellung angemahnt. Sie hat dann fristgerecht stattgefunden, allerdings nur dank des Improvisationsvermögens des Verbindungskommandos, denn der Aufbau der zuständigen Strukturen des Bundesministers der Finanzen im Beitrittsgebiet ließ noch auf sich warten.

Ein besonderes Problem stellte der Abzug der Nuklearwaffen dar.

Ja, tatsächlich bestand eine vorrangige deutsche Forderung darin, die nuklearen Waffenträger abzuziehen, selbstverständlich auch die Nuklearwaffen. Das ist im Wesentlichen so geschehen, aber zu einem bestimmten Zeitpunkt gab es eine Unklarheit, ob es nicht doch noch Nuklearwaffen im Gebiet der ehemaligen DDR gab.

Wann war das? Wie wurden Sie darauf aufmerksam?

Zweifel tauchten im Verlaufe des Jahres 1991 auf, als eigentlich keine Nuklearwaffen mehr da sein sollten. Auch der Oberbefehlshaber [Generaloberst M. Burlakov; T.P.] hatte erklärt, in seinem Verantwortungsbereich befänden sich keine mehr, aber wir hatten Hinweise, dass dies nicht zutraf. Die Regierung in Moskau gab auf Bonner Nachfrage zu, dass sich doch noch Nuklearwaffen auf deutschem Boden befanden und hat sich sofort verpflichtet, diese innerhalb von wenigen Tagen abzuziehen. Die Bundesrepublik hatte dann die Möglichkeit, einige ehemalige Lagerstätten zu inspizieren, um sich davon zu überzeugen, dass das auch geschehen war. Der Vorfall betraf nicht alle Nuklearwaffen, sondern nur einen Teil. Möglicherweise ist die Verzögerung

auf die fehlende Infrastruktur, die man in der Sowjetunion erst schaffen musste, zurückzuführen. Das war eben Art der WGT: lieber Probleme verheimlichen, als sie offen anzusprechen.

Wie beurteilen Sie die Stimmung innerhalb der WGT während der Anfangsphase des Abzuges?

Die Westgruppe der Truppen hatte den Weg, den große Teile der sowjetischen Bevölkerung im Gefolge von Gorbatschow bereits beschritten, noch nicht eingeschlagen. Insbesondere die spätere Auflösung der Sowjetunion hat die sowjetische Armee als ein Verhängnis angesehen, und das hatte seine Gründe: Die sowjetische Armee wie auch die kommunistische Partei (KPdSU; T.P.) waren drei Generationen lang die Klammern gewesen, die die heterogenen Völker der Sowjetunion zusammenhielten. Für die Berufssoldaten der WGT war eben nicht Weißrussland, die Ukraine oder Kasachstan die Heimat, sondern die Sowjetunion.

Dennoch gab es sowjetische Truppenangehörige, die ein Leben im Westen bevorzugten. Wie ging die bundesdeutsche Seite mit ihnen um?

Es hat großen Druck von sowjetischer Seite auf die Bundesregierung gegeben, die Fahnenflüchtigen der WGT zu überstellen. Die Rechtslage war nun so: Wenn Fahnenflüchtige in Deutschland aufgegriffen wurden, die keine Straftat gegen Deutsche begangen hatten, mussten sie an die WGT überstellt werden. Wenn Fahnenflüchtige aufgegriffen wurden, die eine Straftat gegen die Bundesrepublik oder deutsche Bürger begangen hatten, wurden sie in Deutschland vor Gericht gestellt, bestraft und dann der WGT überstellt. Wenn Fahnenflüchtige einen Asylantrag stellten, konnten sie nach deutschem Recht erst dann überstellt werden, wenn ihr Asylantrag abschlägig beschieden worden war. Weder die Bundesregierung noch die WGT waren daran interessiert, dass sich die Frage der Fahnenflüchtigen zu einer Woge ausweitete. Das sowjetische Oberkommando hat deswegen immer wieder gefordert, die Soldaten möglichst schnell wieder zu überstellen. Die Bundesregierung und die deutschen Gerichte waren allerdings der Auffassung, dass das für diese Soldaten mit nicht abzuschätzenden Gefahren verbunden war. Deswegen ist man von deutscher Seite pragmatisch vorgegangen und hat während der Dauer des Abzuges keinen der Asylanträge abschließend entschieden. Weder musste ein abgelehnter Asylbewerber der WGT so der sowjetischen Seite überstellt werden, noch konnte sich in der WGT herumsprechen, in Deutschland könne man erfolgreich Asyl beantragen. Dadurch hätten wir nämlich anerkannt, dass es einen triftigen Grund für sowjetische Asylbewerber gab, der WGT den

Rücken zu kehren. Alle Anträge wurden erst nach dem Abzug entschieden. So wurde weder das Gefüge der WGT gefährdet, noch eine Asylbewerberwelle in Deutschland ausgelöst. Die Umstände, unter denen ein sowjetischer Soldat Asylbewerber oder Fahnenflüchtiger wurde, waren sehr unterschiedlich. Asylbewerber wurden sie meistens erst durch die Beratung deutscher Rechtskundler, die ihnen sagten: Stell den Antrag, dann wirst du nicht ausgeliefert. Im Regelfall wollten die Fahnenflüchtigen zunächst überhaupt nicht um Asyl bitten. Manche Soldaten wurden aufgegriffen, als sie versuchten, sich auf dem Landweg – zu Fuß und per Anhalter – durch Deutschland, Polen und Weißrussland bis in die Heimat durchzuschlagen; andere Fahnenflüchtige waren, mit oder ohne Unfall, in gestohlenen Fahrzeugen bzw. bei einer anderen Straftat erwischt worden, von der sie gehofft hatten, sie bliebe unentdeckt. Sie wären dann unbemerkt wieder zu ihrem Truppenteil zurückgekehrt. Nun aber waren sie entdeckt und straffällig geworden. Um nach Verbüßung ihrer Strafe nicht an die WGT ausgeliefert zu werden, haben sie einen Asylantrag gestellt und sind oft erst dadurch zu Fahnenflüchtigen geworden. Andere Soldaten der WGT sind, ohne eine Straftat nach deutschem Recht begangen zu haben, an Stellen aufgegriffen worden, wo sie sich nicht hätten aufhalten dürfen. Die Soldaten hatten nämlich nicht das Recht, sich aus ihren Garnisonen zu entfernen, aber viele taten das, mit oder ohne Uniform, trotzdem. Manche sind bei ihren „Erkundungen“ bis nach Frankreich oder in die Niederlande gekommen. Wenn sie dann aufgegriffen wurden, ließ sich das nicht mehr vertuschen, und sie wurden so zu Fahnenflüchtigen, die sie unter Umständen gar nicht werden wollten. Das Problem der Fahnenflüchtigen ist also ein buntscheckiges Thema. Ich bin der Auffassung, dass die deutsche Seite die Frage der Asylbewerber und Fahnenflüchtigen mit gutem Augenmaß und Fingerspitzengefühl angegangen ist.

Wo brauchte man noch Augenmaß und Fingerspitzengefühl?

Es hat zu Beginn unserer Tätigkeit mehrere Fälle von Waffeneinsatz durch sowjetische Soldaten außerhalb von militärischen Anlagen gegeben. Zu DDR-Zeiten war das Führen von Waffen außerhalb militärischer Anlagen für die WGT nicht eingeschränkt, nach bundesdeutschem Recht aber begrenzt auf das Führen von Waffen zur Begleitung schutzwürdiger militärischer Güter, also von Waffen- und Munitionstransporten, von geheimen Dokumenten und dergleichen. Es gab anfangs einige Verstöße gegen diese Regelung, aber nur wenige wirklich gravierende Vorfälle von rechtswidrigem Waffeneinsatz. Zu Beginn gab es auch zahlreiche Zwischenfälle durch das Überschreiten von Übungsplatzgrenzen, denn die Sicherheitsbereiche bei den sowjetisch genutzten Schieß- und Übungsplätzen entsprachen nicht unseren Standards. Es kam

also vor, dass sowjetische Truppenteile mit Artillerie-, Panzergeschossen usw. über die Übungsplatzgrenzen hinausschossen. Glücklicherweise waren die neuen Bundesländer nicht dicht bevölkert, Menschen wurden glücklicherweise nicht getroffen hat, und der Sachschaden hielt sich in Grenzen, aber es gab verständliche Unruhe in der Bevölkerung. Wir mussten uns sehr schnell die Übungsplätze überprüfen und die Schieß- und Sicherheitsbereiche nach unseren Kriterien neu festlegen. Das waren so die typischen Zwischenfälle. Das Verbindungskommando wurde meist erst dann eingeschaltet, wenn sie durch die nachgeordneten Verbindungsorgane vor Ort nicht bereinigt werden konnten, wenn Vorfälle eine grundsätzliche Bedeutung hatten oder einen Wiederhall in der Öffentlichkeit gefunden hatten.

Wie zum Beispiel die ökologischen Schäden?

Der Umgang der sowjetischen Armee mit der Umwelt in Deutschland war nicht rücksichtsvoller als der Umgang der Sowjetbürger mit der Umwelt in ihrer Heimat. Der war sehr schlecht. Im Prinzip sind große militärische Übungsgebiete in Deutschland, selbst Schießplätze, eher Umweltoasen. Nur gibt es im militärischen Bereich auch potentielle Quellen fürchterlicher Umweltschäden. So können die Kraft- und Betriebsstoffe, die modernen chemischen Komponenten in Granaten, Raketen usw. bei unsachgemäßem Umgang ein ganz erhebliches Gefahrenpotenzial sein. In den Bereichen der Sowjetstreitkräfte in der DDR sind ganz gravierende Umweltschäden aufgetreten, zum Teil durch Nachlässigkeit, zum Teil durch mangelndes Bewusstsein und zum Teil auch durch fehlende Finanzmittel. Wenn irgendwo eine Pipeline leck war, und es keinen Materialersatz gab, konnte schon mal wochenlang Treibstoff auslaufen, ohne dass das jemanden störte. Wir haben Stellen gefunden, wo viele tausend Liter ausgelaufen waren. Hat man hier gegraben, setzte sich in den Löchern über dem Grundwasser ein Treibstoffgemisch ab, das man abschöpfen und damit seinen Ofen heizen konnte. Es hat auch Fälle gegeben, in denen Munition, die überlagert und vielleicht nicht mehr transportsicher war, einfach vergraben wurde. Am Anfang haben wir eine Regelung gehabt, die versuchte, dieses Problem durch finanziellen Anreiz in den Griff zu bekommen. Die WGT sollte die angerichteten Schäden beseitigen. Im Gegenzug sollte die deutsche Seite all das, was die sowjetische Seite aus eigenen Mitteln gebaut hatte, mit dem Marktwert vergelten. Die WGT rechnete zunächst mit einem Nettomilliardenbetrag zu ihren Gunsten, und in dieser Zeit wurden auch Tausende von Soldaten im Umweltschutz eingesetzt, etwa bei der Beseitigung von Übungsplätzen von alten Fahrzeugen, Munitionsteilen usw., bis die WGT erfahren musste, wie schwer es war, z.B. ein altes Munitionssilo marktgerecht zu verkaufen. Im Laufe der Zeit trat so

eine gewaltige Ernüchterung ein. Es entstanden Blockaden – wir kamen mit der Rückgabe von Liegenschaften nicht recht weiter, weil wir uns unter anderem nicht einigen konnten, wie hoch die ökologischen Schäden waren. Schließlich haben Kohl und Jelzin den „gordischen Knoten“ durchschlagen und eine Nulllösung ausgehandelt: Wir forderten kein Geld für die Umweltschäden, und die Sowjets bekamen kein Geld für ihre selbst errichteten Bauten. Zusätzlich hat die deutsche Regierung den Handel mit 550 Mio. DM versüßt, die über die vereinbarten 7,8 Mrd. DM hinaus für den Wohnungsbau gezahlt wurden. Für die zügige Rückgabe der Liegenschaften war das gut, für den Umweltschutz war es aber schlecht, weil von dem Moment an die WGT kein Interesse mehr daran hatte, die Umweltschäden zu beseitigen.

Zum Abschluss: Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Anfangsphase des Abzuges der sowjetischen Truppen aus Deutschland?

Vieles war in den ersten Monaten außerordentlich kompliziert. Man wollte schnell zum Wesentlichen kommen, aber der hohe Zeitaufwand für viele einleitende Maßnahmen ließ das einfach nicht zu. Die Verbindung mit dem Oberkommando der WGT gestaltete sich anfangs relativ schwierig, weil die Fernmeldeverbindungen schlicht und einfach fehlten. Auf den Hin- und Rückfahrten verstrich Zeit, die man effektiver hätte nutzen können. Einen hohen Zeitaufwand beanspruchte auch die Eingliederung der ehemaligen NVA-Mitarbeiter. Die Bestimmungen dafür waren noch nicht entwickelt, aber man konnte die Mitarbeiter nicht im Dunkeln über ihre Zukunft lassen. Wir mussten innerhalb von ganz kurzer Zeit entscheiden, wen von 150 Mitarbeitern oder Kandidaten wir übernehmen wollten und wen nicht. Die ersten 50 Fälle wurden oft innerhalb von Minuten entschieden. Für die Ende Oktober 1990 verbliebenen knapp 100 Mitarbeiter mussten wir bereits nach weniger als drei Monaten eine abschließende Stellungnahme zur dauerhaften Übernahme in die Bundeswehr abgeben. Für jeden Mitarbeiter aus der ehemaligen NVA eine Beurteilung zu schreiben, aus der klipp und klar hervorging, warum man den Einen auf jeden Fall, den Anderen nur bei Bedarf und den Dritten auf keinen Fall übernehmen sollte, war eine große Herausforderung. In einer Zeit, in der ich fast täglich bis zur Erschöpfung am Aufenthalt und Abzug der WGT gearbeitet habe, Hunderte solcher Beurteilungen zu schreiben und zu wissen, dass davon der Lebensweg dieser Menschen abhing, war sehr belastend. Wenn ich die Zeit gehabt hätte, Tagebuch zu führen, hätte ich das gemacht, insbesondere in den ersten vier bis fünf Monaten. In diesem Zeitraum wurde nur das Nötigste zu Papier gebracht. Man verhandelte, telefonierte, konferierte ohne Unterbrechung von morgens bis abends. Es hat viele Wochen gegeben, in denen ich erst um ein

oder zwei Uhr morgens meinen Schreibtisch verließ und um fünf Uhr in der Frühe wieder aufgestanden bin. Und ich hatte trotzdem noch das Gefühl, bei weitem nicht alles erledigt zu haben, was dringend anstand. Dennoch war es beruflich und persönlich nicht nur eine hochinteressante sondern auch durch die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten schöne und erfüllende Zeit; ich bin stolz, an diesem für uns letztlich erfolgreichen Prozess mitgewirkt zu haben.

Resümees / Abstracts[•]

Patrick Wagner, Prof. Dr. phil., Lehrstuhlinhaber Zeitgeschichte, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Zeitgeschichte zu schreiben, kann gegenwärtig nicht mehr allein heißen, nationale Geschichte(n) zu schreiben. Die Geschichte der jüngsten Zeit fordert vielmehr eine Perspektive, die Prozesse der ‚Globalisierung‘ erfasst, diese aber zugleich rückbindet an konkrete Erfahrungen in den nationalen, regionalen und lokalen Gesellschaften. Die Geschichte der indischen Bevölkerungspolitik dient dem Autor daher als Fallbeispiel, an dem die Verschränkung globaler, nationaler und lokaler Kontexte sichtbar gemacht wird. So wird vor dem Hintergrund einer internationalen Debatte über die „Bevölkerungsexplosion“ importierter Technologien, bevölkerungspolitischer Programme der UNO und der biographisch erfahrenen ‚Westernisierung‘ der indischen Planer erkennbar, dass ein westliches Ideal der ‚modernen Kernfamilie‘ sowie von westlichem Planungsdenken beeinflusste Steuerungsmodelle als Leitbilder jener nationalen Politik dienten, die in Indien zwischen 1975 und 1977 zur großenteils zwangsweisen Sterilisierung von 11 Millionen Menschen führte. Die Geburtenkontrollpolitik Indiens ist, so die These, nicht zu verstehen, ohne die Berücksichtigung globaler Institutionen, Diskurse und Akteure.

Stefan Schmidt, M.A., Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Frage, inwiefern und in welchen Formen eine politische Partizipation der Bevölkerung unter den Bedingungen der SED-Diktatur in der DDR möglich war, hat in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion bislang relativ wenig Beachtung gefunden. Der vorliegende Aufsatz untersucht anhand von Eingaben ostdeutscher Bürger aus den 1970er Jahren, welche partizipatorischen Spielräume die DDR-Bevölkerung besaß und inwieweit sie auf dem Weg der Eingabe Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen konnte. Der Autor setzt das Ansteigen bzw. Absinken des Eingabenaufkommens in Beziehung zu wohnungspolitischen Entscheidungen der SED und argumentiert, dass Eingaben in der DDR in begrenztem Maße als „plebiszitäres Mittel“ fungieren konnten.

[•] In der Reihenfolge der Beiträge.

Holger Zaunstock, PD Dr. phil., Franckesche Stiftungen zu Halle

Die aktuelle Debatte zur Zukunft der DDR-Forschung lässt sich in die Frage übersetzen: Wie lassen sich die Geschichten beider deutscher Staaten adäquat in eine „deutsche“ Nachkriegsgeschichte integrieren? Für eine solche Frageperspektive wird künftig vor allem das Potential von alltags-, mentalitäts- und im weiteren Sinne kulturgeschichtlichen Ansätzen fruchtbar zu machen sein. Darüber hinaus gilt es, Themen und Quellen zu berücksichtigen, die bislang zu wenig in den Blick genommen wurden. Diesen Weg geht der vorliegende Aufsatz am Beispiel der Erinnerungen von Soldaten der NVA. Es wird ein die Wende von 1989 übergreifendes Erinnerungsfeld beschrieben, das den Stellenwert individueller Erfahrungen in der DDR für das Entstehen von Identitäten und das Entwerfen von Geschichtsbildern in der Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschlands plastisch werden lässt. Der Autor diskutiert dabei verschiedene Quellentypen, insbesondere Internetforen und Erinnerungsräume im Netz. Der Beitrag bietet im Hinblick auf diese Internetquellen methodisch-konzeptionelle Überlegungen an, welche die universitäre, akademische Forschung auf ein noch unvermessenes Geschichtsterrain führen und herausfordern können.

Christian Grobler, Lehramtsreferendar für Geschichte und Sozialkunde, Köthen

Kann der Forschungsstand zur sowjetischen Besatzungspolitik in Ostdeutschland nach 1945 mittlerweile als gut gelten, so trifft dieser Befund für die Erforschung *lokaler* Ausprägungen sowjetischer Herrschaftspraxis und in diesem Kontext auch der Implementierung von Herrschaft durch Repression nur bedingt zu. Diesem Forschungsdesiderat wendet sich der Beitrag zu. Er untersucht die sowjetische Verfolgungspraxis in Köthen (Anhalt), einer Mittelstadt mit überwiegend mittelständischer Wirtschaftsstruktur und einem agrarisch geprägten Umfeld, die als typisch für den Großteil ostdeutscher Städte gelten kann. Der Autor argumentiert, dass die Repressionsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht weit willkürlicher waren und breitere Bevölkerungsgruppen betrafen als bislang angenommen.

Thomas Pruschwitz, Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, im Interview mit Otto Freiherr Grote, Oberst a.D.

Otto Freiherr Grote, Berufsoffizier der Bundeswehr und nach der deutschen Wiedervereinigung Chef des Stabes des deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe der sowjetischen Truppen (WGT), schildert in diesem Interview den sowjetischen Truppenabzug aus der DDR. Seine Erinnerungen verweisen auf die Probleme, die aus dem Fehlen einer funktionierenden

Verwaltung und Infrastruktur, insbesondere in der Anfangsphase des Abzugs, erwachsen. Das Interview dokumentiert die Schwierigkeiten, die Denkstrukturen des Kalten Krieges zwischen den ehemaligen Gegnern zu überwinden, ebenso wie ihr Fortwirken und Überwinden bis in die Gegenwart. Grotes Erinnerungen sind daher methodisch einzuordnen in das für Zeithistoriker so wichtige und zugleich so schwierige Feld der Oral History.

Impressum:

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgegeben von:

Daniel Bohse, Stefanie Middendorf und Jana Wüstenhagen

Die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ erscheinen mindestens einmal jährlich in loser Folge. Sie wurden 1996 von Hermann-J. Rupieper (†) begründet, um eine Plattform für NachwuchswissenschaftlerInnen und herausragende studentische Arbeiten zu schaffen. Aufgenommen werden vorrangig Beiträge in deutscher und englischer Sprache, denen Quellen zugrunde liegen, die zuvor noch nicht publiziert wurden. Vorschläge für Veröffentlichungen nimmt die Redaktion entgegen. Manuskripte können postalisch oder per E-Mail eingesandt werden. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht.

In die Reihe aufgenommene Beiträge werden auch im Internet veröffentlicht. Jeder – auch auszugsweise – Nachdruck und die Verbreitung über andere Medien bedürfen der Genehmigung der HerausgeberInnen.

Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Thomas Pruschwitz,
Tom Gärtig
www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz

Gestaltung: Annett Sonntag, Halle (Saale)

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Kontakt: Redaktion
Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut für Geschichte
06099 Halle (Saale)
Germany
Tel.: + 49 345 5524294
Fax: + 49 345 5527042
E-Mail: redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de

ISSN: 1433-7886